



Newsletter Dezember 2023

Liebe Leserinnen und Leser,

der nordrhein-westfälische Landtag kam im Monat Dezember zu seiner letzten Plenarwoche zusammen. In dieser wurde der Rekordhaushalt von erstmals über 100 Milliarden Euro für 2024 in dritter Lesung verabschiedet. Mit einem Volumen von 102,1 Milliarden Euro ist der Etat für 2024 um 7,4 Milliarden Euro höher als der Haushalt des laufenden Jahres. Allein für den Schwerpunkt Bildung sind mehr als 38 Milliarden Euro vorgesehen. Die finanzielle Lage des Landes ist so kritisch wie selten zuvor. Der Haushalt 2024 ist dennoch ein Haushalt ohne neue Schulden. Die Regierungs-koalition von CDU und Grünen arbeiten finanzpolitisch seriös zusammen und setzen die richtigen Prioritäten. Mehr als jeder dritte Euro im Landeshaushalt für 2024 geht an die Kommunen. Insgesamt sind das rund 36 Milliarden Euro. Mit dem Haushalt 2024 schaffen wir 38.000 zusätzliche Plätze im Offenen Ganztags und finanzieren im Schuljahr 2024/25 insgesamt über 430.000 OGS-Plätze. In NRW stehen 3.900 Lehrer, Schularbeiter und Schulpsychologen mehr in den Klassen-zimmern als im vergangenen Schuljahr. Kinder stehen ganz klar im Mittelpunkt unserer Politik, das ist unsere Handlungsmaxime.

Die Weiterentwicklung und Förderung der frühkindlichen Bildung ist ein Schwerpunkt der nordrhein-westfälischen Bildungspolitik. Daher werden insbesondere zwei erfolgreiche Programme, das Alltagshelferprogramm in den Kindertageseinrichtungen und das Sprachkita-Programm, 2024 fortgeführt und auch in der Finanzplanung bis 2027 verstetigt. Dafür werden 178 Millionen Euro jährlich zur Verfügung gestellt.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist der Landesregierung zudem der Erfolg des notwendigen Transformationsprozesses für NRW hin zu einer starken, resilienten und klimaneutralen Industrieregion. Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Landes sind ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und die Sicherheit der Arbeitsplätze. Weitere Informationen zum Landeshaushalt 2024 und seinen Schwerpunkten finden Sie auf den Seiten der jeweiligen Ministerien.

Des Weiteren erhalten Sie mit diesem Newsletter wie gewohnt wieder Berichte aus der Plenarwoche und aus der CDU Landtagsfraktion sowie einen Rückblick auf meine Wahlkreisarbeit in den letzten zwei Wochen.



„Im Grunde sind es immer die Verbindungen mit Menschen, die dem Leben seinen Wert geben.“
(Wilhelm von Humboldt)

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien eine gesegnete Weihnacht der Zuversicht und ein gesundes, glückliches und erfülltes Jahr 2024.

Herzliche Grüße

Ihr

Daniel Hagemeier MdL

Weihnachtsfeier des "Offenen Treffpunkts 60+" in Oelde

„Gemeinsam statt Einsam in NRW“ - darum ging es beim Vortrag von Daniel Hagemeier MdL während der Weihnachtsfeier des offenen Treffpunkts 60+ in Oelde.

Für die Landesregierung ist der Kampf gegen Einsamkeit als Querschnittsaufgabe von besonderer Bedeutung. Ziel ist es zunächst, unter Einbindung von Expertinnen und Experten weiter für das Thema zu sensibilisieren und das Phänomen zu erschließen. Rund 15 Prozent der Menschen in NRW leiden unter Einsamkeit - einem Phänomen, das alle Generationen und Menschen in unterschiedlichsten Lebenslagen betrifft.



[ZUM ARTIKEL](#)

Austausch mit der Zentralrendantur „Aufgaben gemeinschaftlich angehen“



Finanzielle Herausforderungen bei der Kindertagesbetreuung und Möglichkeiten einer Umnutzung der Marienkirche in Warendorf: Zu diesen beiden Kernthemen suchten Jochen Olgemöller, Verwaltungsleiter und Geschäftsführer des Verbandes der Katholischen Kirchengemeinden im Dekanat Warendorf, sowie Kreisdechant Peter Lenfers jetzt das Gespräch mit dem direkt gewählten Warendorfer Landtagsabgeordneten Daniel Hagemeier (CDU).

[ZUM ARTIKEL](#)

Bürgersprechstunde in Beelen und Ostbevern mit Kommunalpolitikern



In regelmäßigen Abständen hält Daniel Hagemeyer in allen Orten seines Wahlkreises Bürgersprechstunden ab. Im Dezember fanden diese in Ostbevern und Beelen statt. In der Gemeinde Ostbevern waren die CDU Fraktionsvorsitzenden Michael Füssel und Wolfgang Weglage sowie in Beelen der CDU Gemeindeverbandsvorsitzende und Ratsmitglied Carsten Brinkkemper dabei.

In beiden Bürgersprechstunden konnten wieder zahlreiche Anliegen direkt vor Ort besprochen werden.

Auch im kommenden Jahr finden wieder Bürgersprechstunden in allen Orten seines Wahlkreises statt.



Besuch des Arbeitskreises Gesundheit & Pflege der JU NRW



Das Gesundheitswesen ist für alle zentral und wichtig. Über die Ausrichtung sowie die Schwerpunkte der Gesundheitspolitik in NRW hat sich Daniel Hagemeyer in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales kürzlich mit dem Arbeitskreis Gesundheit & Pflege der Jungen Union NRW im Landtag ausgetauscht. Bei seinen Ausführungen machte er deutlich, dass für das bevölkerungsreichste Bundesland ein modernes und qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem auch für die Zukunft sicherzustellen sei, in dem das Wohl und die gute Versorgung der Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt steht.

[ZUM ARTIKEL](#)

Kreis-CDU wählt Vertreterinnen und Vertreter im Vorfeld der Europawahl

Brüssel: abstrakt und wenig bürgernah? Mit diesen Vorurteilen räumten die Europapolitiker im Kreis Warendorf am Montagabend gründlich auf bei der Kreisvertreterversammlung des CDU Kreisverbandes Warendorf-Beckum im Vorfeld der Europawahl 2024. Neben dem Europaabgeordneten Dr. Markus Pieper MdEP sprach auch Sabrina Salomon als zweite Europakandidatin des Münsterlandes im Bürgerhaus Oelde über die Vorteile eines geeinten starken Europas – und welche Weichen aus Sicht einer christdemokratischen Politik dafür gestellt werden müssen. Zugleich diente die Versammlung dazu, die sechs Vertreterinnen und Vertreter aus dem Kreis Warendorf für die Landesvertreterversammlung NRW zu wählen.



[ZUM ARTIKEL](#)



Kolpinggedenktag in Stromberg

„Anfangen ist oft das Schwerste, aber Treubleiben das Beste“: diesen Satz Adolph Kolpings haben die Jubilare der Kolpingsfamilie Stromberg mit Leben gefüllt. Beim Kolpinggedenktag durfte Daniel Hagemeyer ihnen zusammen mit Pfarrrer Michael Ehler und Kolping-Vorsitzenden Thomas Lütke-Stratkötter gratulieren. Insgesamt kommen die 9 Jubilare auf 325 Jahre Treue zu Adolph Kolping und seinem Werk – eine

beachtliche Leistung!

Im Anschluss an die Jubilarehrung referierte Daniel Hagemeyer über die Gesundheitspolitik in NRW und Erfolge der CDU-geführten Landesregierung:

Die Einführung der Landarztquote, das Hausarztaktionsprogramm, die Schaffung weiterer Medizin-Studienplätze, die NRW-Krankenhausreform, eine weitere medizinische Fakultät in Bielefeld, die Einrichtung der Pflegekammer sowie die Schulgeldfreiheit in allen Gesundheitsberufen sind nur einige Beispiele dafür. Zusammengefasst konnte Daniel Hagemeyer deutlich machen, dass das Ziel für NRW ein modernes und qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem ist und gerade das Wohl und die gute Versorgung für die Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt steht! Am Ende bedankte sich der heimische Landtagsabgeordnete für die Einladung und wünschte der Versammlung noch einen weiteren guten Verlauf – getreu dem Motto: Treu Kolping!



Rettungshundestaffel Warendorf-Hamm zu Besuch im Landtag



Hunde retten Menschenleben! - Tag und Nacht an 365 Tagen im Jahr ist die Rettungshundestaffel Warendorf-Hamm für den Einsatz telefonisch erreichbar!

Der 1. Vorsitzende Dirk Grawinkel, einige Mitglieder seines Teams sowie Ulrike Gehner (Vice President GERMAN SAR DOG ASSOCIATION) besuchten Daniel Hagemeyer im Düsseldorfer Landtag.

Zweck der Rettungshundestaffel (RHS) ist es, überall dort zu helfen, wo durch Einsatz ihrer Mittel Leben und Gesundheit von Mitmenschen

im In- und Ausland erhalten, geschont oder geschützt werden kann. Daniel Hagemeyer freut sich auf den geplanten Gegenbesuch zum gemeinsamen Training mit den Rettungshunden.

Besuch aus der Heimat: CDU Milte im Landtag

Daniel Hagemeier freut sich über jeden Besuch aus der Heimat. Die CDU Milte hatte kürzlich trotz winterlichem Wetter eine Reise in die Landeshauptstadt unternommen. In der vorweihnachtlichen Zeit durfte natürlich neben der Besichtigung des Landtags auch der Besuch auf dem Weihnachtsmarkt nicht fehlen.



Treffen Münsterlandrunde und DEHOGA



Zu einem Austausch mit den Kreisvorsitzenden der DEHOGA im Münsterland trafen sich am Rande der Plenarwoche die CDU Abgeordneten des Münsterlandes gemeinsam mit Minister Karl-Josef Laumann. Beim Treffen ging es um die anstehende Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Speisen sowie den Fachkräftemangel in der Gastronomie.

Derzeit gilt noch bis zum 31. Dezember 2023 der ermäßigte Steuersatz von 7 Prozent für Speisen in der Gastronomie. Ab dem 1. Januar 2024, so hatte es die Ampel-Regierung in Berlin entschieden, wird die Mehrwertsteuer wieder angehoben auf 19 Prozent. Gastwirte und Hoteliers müssen die dann entstehende Differenz wieder an ihre Kunden weitergeben.

[ZUM ARTIKEL](#)

Jährliches Treffen der Landtagsabgeordneten aus dem Münsterland

Einmal im Jahr in der Vorweihnachtszeit treffen sich die aktuellen und ehemaligen Landtagsabgeordneten aus dem Münsterland. In diesem Jahr hatten Markus Höner und Daniel Hagemeier das „Heimrecht“. Nach einem leckeren Mittagessen in der Pott's Brauerei in Oelde ging es weiter zum nordrhein-westfälischen Landgestüt nach Warendorf. Gestütsleiter Dr. Felix Austermann und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seines Teams führten die Gruppe durch das 1826 gegründete Landgestüt welches weit über die Kreisgrenze und Landesgrenze bekannt ist.



Landtag Nordrhein-Westfalen verabschiedet Haushaltsplan 2024

Der Landtag hat am Mittwoch, 13. Dezember 2023, den Haushaltsplan für das kommende Jahr verabschiedet. Der Etat 2024 hat ein Volumen von rund 102,1 Milliarden Euro und kommt ohne Nettoneuverschuldung aus. Um auch künftig handlungsfähig zu bleiben, investiert Nordrhein-Westfalen in die Zukunft des Landes. Vor allem in den Schwerpunktbereichen Kinder, Bildung und Sicherheit. Neue Sondervermögen wird es im kommenden Jahr nicht geben. Das Sondervermögen zur Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine läuft zum Jahresende 2023 plangemäß aus.

[ZUM ARTIKEL](#)

Klare Prioritäten

Der Einbruch der Konjunktur führt dazu, dass sich die Steuereinnahmen des Staates deutlich schlechter entwickeln als die Ausgaben, während gleichzeitig der Bedarf nach Unterstützung steigt – sei es durch Inflation, Energiekosten oder dringend notwendige Maßnahmen. Der nun verabschiedete Haushaltsplan 2024 berücksichtigt auch die aufgrund der Oktober-Schätzung gegenüber der ursprünglichen Planung prognostizierten Steuermindereinnahmen von 150 Millionen Euro. Möglich war der Haushalt 2024 ohne neue Schulden nur durch eine klare Priorisierung der Landesregierung. Dabei stand die Sicherstellung nachhaltiger und stabiler Rahmenbedingungen sowie die Gewährleistung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Landes im Vordergrund.

[ZUM ARTIKEL](#)

Bildung im Fokus

Zu einem modernen, handlungsfähigen und nachhaltigen Staat gehört vor allem auch die Schaffung guter Bildungschancen für die Kinder in allen Altersgruppen. Die öffentlichen Finanzen müssen dafür dauerhaft tragfähig bleiben und zugleich die richtigen Weichen für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen stellen. Allein die Aufwendungen für Bildung belaufen sich auf über 38 Milliarden Euro.

[ZUM ARTIKEL](#)

Fortsetzung des Transformationsprozesses

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist der Landesregierung zudem der Erfolg des notwendigen Transformationsprozesses für Nordrhein-Westfalen hin zu einer starken, resilienten und klimaneutralen Industrieregion. Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Landes sind ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und die Sicherheit der Arbeitsplätze.

[ZUM ARTIKEL](#)

Ausbildungs-Offensive für unsere Schulen: 465 neue Studienplätze für Grundschullehramt und Sonderpädagogik

Ein wesentlicher Faktor für eine erfolgreiche Schullaufbahn wird in der Grundschule gelegt. Hier werden unseren Kindern die wesentlichen Grundlagen für ihre Bildungsbiografie vermittelt. Voraussetzung für einen Bildungserfolg sind gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Deshalb haben die Landesregierung und die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen mit dem Wintersemester 2023/2024 insgesamt 465 neue Studienplätze für das Grundschullehramt und für das Lehramt für sonderpädagogische Förderung geschaffen. Rund 350 davon entfallen auf das Lehramt für die Grundschule, 80 zielen direkt auf das Lehramt für sonderpädagogische Förderung und weitere 35 Studienplätze für das Lehramt Grundschule mit integrierter sonderpädagogischer Förderung ab.

[ZUM ARTIKEL](#)

Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder: Tarifiergebnis wird in Nordrhein-Westfalen 1:1 auf den Beamtenbereich übertragen

Das zwischen der Tarifgemeinschaft dt. Länder (TdL) und den Gewerkschaften ausverhandelte Tarifiergebnis wird in NRW 1:1 auf die Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter übertragen. Zu der Umsetzung weiterer Details werden die Gespräche in 2024 fortgesetzt. Darauf einigten sich am Dienstag, 12.12.2023, Ministerpräsident Hendrik Wüst, die stellv. Ministerpräsidentin Mona Neubaur, Minister der Finanzen Dr. Marcus Optendrenk und Minister und Chef der Staatskanzlei Nathanael Liminski in Gesprächen mit Vertretern von DBB, DGB und DRB und weiterer Gewerkschaften.

[ZUM ARTIKEL](#)

77 Millionen Euro für die schulische Inklusion

Das Land unterstützt die Kommunen weiter verlässlich bei der Umsetzung der Inklusion. Dazu wird den Kommunen für das Schuljahr 2023/2024 ein Gesamtbetrag in Höhe von 77 Millionen Euro ausgezahlt. Auf Grundlage einer gesetzlich verpflichtenden Evaluation und vorbehaltlich der Beschlüsse des Landtags zum Haushalt 2024 wird im nächsten Jahr eine erhöhte Inklusionspauschale vom Land ausgezahlt. Die Inklusionspauschale, die zuletzt 50 Millionen Euro betrug, wird nach den Evaluationsergebnissen auf 67 Millionen Euro erhöht. Der Belastungsausgleich wird auf dem bisherigen Niveau von 10 Millionen Euro fortgeführt.

[ZUM ARTIKEL](#)

Finanzverwaltung spendet 3000 Laptops für ukrainische Schülerinnen und Schüler

20 Europaletten beladen mit 3000 Laptops gehen am Montag, 11. Dezember 2023, von Köln aus auf die Reise in die ukrainische Oblast Dnipropetrowsk. Dort sollen sie Kindern und Jugendlichen, deren Schulen durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zerstört wurden, eine Teilnahme am digitalen Unterricht ermöglichen. Von dem großen Bedarf der Schülerinnen und Schülern in der Partnerregion NRW's hatte Staatskanzleichef Nathanael Liminski erfahren und umgehend eine Abfrage in der gesamten Landesverwaltung gestartet, wo gebrauchte, aber voll funktionsfähige Geräte entbehrt werden könnten.

[ZUM ARTIKEL](#)

Nächste Frist für verpflichtenden Führerscheinumtausch naht

Noch bis zum 19. Januar 2024 können die Bürgerinnen und Bürger, die bis 1970 geboren sind, ihre Führerscheine auf das neue Scheckkartenformat umtauschen, dann folgen alle Jahrgänge ab 1971 – sofern der Führerschein vor dem 1. Januar 1999 ausgestellt wurde. Grundsätzlich müssen bis zum 19. Januar 2033 nach Vorgaben der Europäischen Union alle Motorrad- und Autoführerscheine, die vor dem 19. Januar 2013 ausgestellt worden sind, umgetauscht werden. Dies betrifft auch etwa 10 Millionen Dokumente in NRW, die schrittweise ihre Gültigkeit verlieren.

[ZUM ARTIKEL](#)

NRW-Verfassungsschutz stuft AfD-Jugendorganisation als Verdachtsfall ein

Der NRW-Verfassungsschutz hat die AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA) Nordrhein-Westfalen als Verdachtsfall eingestuft. Bei der JA NRW sowie ihren regionalen Teilorganisationen liegen tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht vor, dass diese Bestrebungen verfolgen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten.

[ZUM ARTIKEL](#)

Gesundheitsministerium veröffentlicht Fördergrundsätze für die Umsetzung der neuen NRW-Krankenhausplanung

Die Reform der Krankenhausplanung in Nordrhein-Westfalen schreitet weiter voran: Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat im Ministerialblatt des Landes die Grundsätze veröffentlicht, nach denen die Krankenhäuser eine Förderung zur Umsetzung der neuen Krankenhausplanung beantragen können. Interessierte Krankenhäuser können ihre Anträge voraussichtlich ab Ende Januar bis zum 2. April 2024 über ein Online-Portal bei der Bezirksregierung Münster digital einreichen. Nordrhein-Westfalen stellt bis zum Jahr 2027 insgesamt rund 2,5 Milliarden Euro für Strukturveränderungen zur Verfügung.

Nordrhein-Westfalen fordert Verbot von Werkverträgen in der Kurier-, Express- und Paket-Branche

Die Arbeitsbelastung der Paketzusteller hat sich in den letzten Jahren drastisch erhöht. Gerade in Spitzenzeiten wie jetzt vor Weihnachten ist der physische und psychische Druck für die Paketzustellerinnen und Paketzusteller hoch. Arbeitsausbeutung durch niedrige Pauschallöhne, Arbeitszeitverletzungen, Überladungen und Scheinselbstständigkeiten kennzeichnen einen großen Teil der Kurier-, Express- und Paketbranche. Leidtragende sind die Paketzustellerinnen und Paketzusteller. Nordrhein-Westfalen setzt sich daher für ein Verbot von Werkverträgen in der Kurier-, Express- und Paket-Branche ein.

[ZUM ARTIKEL](#)

Plenarantrag von CDU und Grünen: Für eine exzellente Hochschullandschaft in NRW

In den kommenden Jahren besteht weiterhin ein hoher Sanierungsbedarf bei Hochschulgebäuden. Die Zukunftscoalition von CDU und Grünen hat sich daher in ihrem Zukunftsvertrag das klare Ziel gesetzt, die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen zu modernisieren, zu sanieren und dabei möglichst bis 2035 klimaneutral zu machen.

Ein heutzutage neu errichtetes oder saniertes Gebäude wird voraussichtlich 40 bis 50 Jahre genutzt werden können.

[ZUM ARTIKEL](#)

Plenarantrag von CDU und Grünen: Der Pensionierungswelle in der Justiz frühzeitig entgegenwirken

Eine unabhängige und leistungsstarke Justiz ist das Fundament des Rechtsstaates. Eckpfeiler einer funktionsfähigen und starken Justiz sind motivierte und leistungsfähige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Bis zum Jahre 2030 werden deutschlandweit rund 40 Prozent der Richterinnen und Richter und Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in den Ruhestand gehen. Um der Pensionierungswelle in der Justiz frühzeitig auf allen Ebenen entgegenzuwirken, ist es notwendig, Nachwuchskräfte bereits im Rahmen ihrer juristischen Ausbildung für die Justiz zu gewinnen.

[ZUM ARTIKEL](#)

Plenarantrag von CDU und Grünen: Wirtschaftsstandort stärken und Transformation beschleunigen

Die jüngsten Konjunkturumfragen, die Wirtschaftsforschungsinstitute und -verbände veröffentlicht haben, zeigen eindrücklich die Folgen der Energiekrise als Folge des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine. Dieser belastet trotz mittlerweile gesunkener Energiepreise den deutschen Wirtschaftsstandort stark.

[ZUM ARTIKEL](#)

Plenarrede Daniel Hagemeier MdL zu Top 7 am Donnerstag, 14.12.2023

Keine Entmachtung der Landeszentrale
für politische Bildung!

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 18/7198](#)

Beratungsverfahren Block I

Überweisung an den Hauptausschuss; die abschließende
Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher
Sitzung erfolgen.



[ZUM ARTIKEL](#)

Plenarrede Daniel Hagemeier MdL zu Top 16 am Mittwoch, 13.12.2023

Gesetz zu der Zusatzvereinbarung zu dem Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein - Körperschaft des öffentlichen Rechts - dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe - Körperschaft des öffentlichen Rechts -, der Synagogen – Gemeinde Köln - Körperschaft des öffentlichen Rechts – und dem Landesverband progressiver jüdischer Gemeinden in Nordrhein-Westfalen e. V. vom 1. Dezember 1992 (GV. NRW. S. 314), zuletzt geändert durch Sechsten Änderungsvertrag vom 13. April 2022 (GV. NRW. S. 574)

Gesetzentwurf der Landesregierung [Drucksache 18/7169](#)

1. Lesung und 2. Lesung

[ZUM ARTIKEL](#)

Plenarrede Daniel Hagemeier MdL zu Top 15 am Mittwoch, 13.12.2023

Staatsvertrag über die Änderung des Staatsvertrags zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Land Niedersachsen über die Vereinigung der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse, Anstalt des öffentlichen Rechts, und der LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Anstalt des öffentlichen Rechts, zur LBS Landesbausparkasse NordWest, Anstalt des öffentlichen Rechts, und über die LBS Landesbausparkasse NordWest

Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung

[Drucksache 18/6412](#)

Beschlussempfehlung des Hauptausschusses

[Drucksache 18/7237](#) 2. Lesung

[ZUM ARTIKEL](#)

Um sich aus dem Newsletter auszutragen, benutzen Sie bitte folgenden Link oder schreiben Sie uns einfach eine E-Mail.

[-LINK ZUR NEWSLETTER ABMELDUNG-](#)

Daniel Hagemeier MdL

Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Telefon: 0211/8842744

E-Mail: daniel.hagemeier@landtag.nrw.de